

# Antrag AP 32: Zukunft des Bundeslandes Saarland

<b>Antragsteller/in:</b>	Bernd Braunshausen
<b>Status:</b>	nicht entschieden

## Zukunft des Bundeslandes Saarland

Der Landesparteitag möge beschließen:

### 1. Situation

#### 1.1. Finanzen

##### 1.1.1. Überschuldung

Zur Zeit reichen die Steuereinnahmen des Saarlandes nicht aus, um die laufenden Kosten zu decken. Es ist ohne weitere Neuverschuldung nicht möglich, die unverrückbaren Beträge für Schuldendienst und Pensionen und sonstige Fixkosten zu begleichen. In dieser Situation müßte jedes Unternehmen Konkurs anmelden. Das Saarland ist de facto bankrott. Es findet zur Zeit eine Konkursverschleppung statt.

##### 1.1.2. Historie

Die Überschuldung des Saarlandes rührt ursprünglich aus der Krise der Montanindustrie. Infolge der Stahlkrise wurden zum Erhalt eines Montankernes (Arbed Saarstahl) Subventionen gezahlt, die zur Abwendung des Konkurses von Arbed Saarstahl dienten. Die Kosten dafür liefen aufgrund völliger Unfähigkeit der damaligen Landesregierung total aus dem Ruder.

##### 1.1.3. Teilentschuldung

Im Rahmen einer von der Landesregierung Lafontaine erreichten Teilentschuldung "Zur Überwindung der extremen Haushaltsnotlage" wurde dem Saarland vom Bund zwischen 1994 und 2004 ein Betrag von 6.800.000.000,00 Euro zur Verfügung gestellt.

##### 1.1.4. Ideen

Wunsch der aktuellen Landesregierung ist die Einrichtung eines "Altschuldenfonds", der die bestehenden Verbindlichkeiten bankrotter Bundesländer, allen voran des Saarlandes, auf den Bund abwälzen soll.

##### 1.1.5 Realität

Der Wunsch nach Einrichtung eines "Altschuldenfonds" für verschuldete Bundesländer ist mit Blick auf das Saarland unredlich, weil bereits die Mittel aus der Teilentschuldung komplett verschlappert worden sind.

### 1.2. Konsequenzen

#### 1.2.1. Schuldenbremse

Ziel der Finanzpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist die Vermeidung von Neuschulden. Zu diesem Zweck werden auch die Bundesländer einer "Schuldenbremse" unterzogen. Aufgrund

dieser Schuldenbremse darf das Saarland ab 2022 keine Neuschulden mehr aufnehmen.

#### 1.2.2. Sparzwang

Um die Schuldenbremse einzuhalten wird gespart, egal was es kostet. Insbesondere existiert kein Konzept. Einfacherweise werden Kürzungen über alle Bereiche pauschal verteilt. Deswegen wird auch an Schulen und Hochschulen gespart. Deutlicher kann man nicht auf Kosten der Zukunft gespart werden.

#### 1.2.3. Handlungsunfähigkeit

Wie unser Parteifreund und Landtagsabgeordneter Michael Hilberer erfahren mußte, werden selbst absolut konstruktive Vorschläge zur Umschichtung von Mitteln, das heißt Ideen für sinnvolle Investitionen nicht nur abgelehrt, sondern mit Unverständnis bis Spott bedacht. (Reaktion der Ministerpräsidentin.)

#### 1.2.4. Subventionen

Da Subventionen irgendwelcher Maßnahmen in der Regel einen Eigenanteil (des Landes) bedingen, ist selbst das Einstreichen von Subventionen, sei es vom Bund oder von der EU, nicht möglich. Der Einfachheit halber werden deswegen gar nicht erst Konzepte erstellt, wie man an Subventionen kommen kann.

#### 1.2.5. Bergbau

In Anbetracht der Finanzlage war das Ende des Bergbaus im Saarlandes sträflich, wenn nicht tödlich. Das Land konnte sich den Luxus nicht leisten, auf den Subventionen für den Bergbau, die ohne Landesbeteiligung unmittelbar vom Bund in das Saarland geflossen sind, zu verzichten. Ganz nebenbei war das Bergwerk Saar das am wirtschaftlichsten arbeitende der DSK.

### 2. Historie

#### 2.1. Saarabstimmungen

##### 2.1.1. 1935

Die Saar kehrt mit 91 Prozent Zustimmung heim in Nazi-Deutschland.

##### 2.1.2. 1955

Mit 67 Prozent wird die Eigenstaatlichkeit des Saarlandes mit 2/3-Mehrheit final verworfen. (Zum Vergleich: Die Eigenstaatlichkeit Schottlands wurde 2014 nur mit 54 Prozent verworfen.)

#### 2.2. Bundesland Saarland

##### 2.2.1. Niedergang

Seit dem Bestehen des Bundeslandes Saarland geht die Entwicklung rückwärts. Keine der Landesregierungen konnte den Rückbau der Industrie stoppen, gravierende und teure Fehlentscheidungen (Arbed Saarstahl, Ende des Bergbaus, "Zukunftsort Reden" und beliebig viele weitere) waren die Regel. Positive Initiativen oder Entscheidungen gab es KEINE. Einzige Ausnahme war zeitweise die Regierung Lafontaine. (Teilentschuldung.) Vorschläge der Ministerpräsidentin über eine bundesweite Neugliederung der Länder sind unredliche Ablenkungsmanöver. Unser Problem ist nicht Bremen oder Berlin, sondern allein das Saarland.

### 3. Auflösung der Verwaltung

#### 3.1. Tatsächliches Sparpotential

##### 3.1.1. Landesregierung

Aufgrund der Sparzwänge hat die aktuelle Landesregierung keinerlei Gestaltungsspielraum. Unabhängig von der "Qualität" der Regierung bedingt dies, daß keine positiven Impulse von der Landesregierung ausgehen können. Reine Verwaltung kann mit einer stark abgespeckten Ebene der Staatssekretäre problemlos erfolgen. Die Kosten für die Landesregierung können sofort eingespart werden.

### 3.1.2. Parlament

Aus den gleichen Gründen wie 3.1.1. hat auch das Parlament keinerlei Gestaltungsspielraum. Zudem sprechen die beiden Parteiübertritte ("aus persönlichen Gründen") Döring und Neises für die Qualität der Parlamentarier. Immerhin haben 10 Prozent der Abgeordneten das Wahlergebnis und den Wählerwillen schlicht ignoriert. Das ist beispiellos. Die Kosten für den Landtag des Saarlandes können sofort eingespart werden.

## 3.2. Vorgehensweise

### 3.2.1. Konkurs

Die Zahlungsunfähigkeit des Saarlandes ist unabwendbar. Eine Konkursverschleppung, wie sie zur Zeit hier durchgeführt wird, wäre in der Wirtschaft ein Straftatbestand.

### 3.2.2. Zwangsverwaltung

Durch einen Konkursverwalter kann objektiv festgestellt werden, in welchem Maße Schuldendienst, Pensionszahlungen usw. überhaupt noch leistbar sind. Daraus ergäbe sich ein Schuldenschnitt und damit unmittelbar die Verpflichtung des Bundes Gläubiger abzufinden oder eben nicht, Pensionen zu kürzen oder eben nicht. Das Ziel der Entschuldung ist nur so zu erreichen. Dies entspräche insbesondere dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft.

### 3.2.3. Neugliederung

Die Verwendung des dann entschuldeten Saarlandes wäre dann einem demokratischen Entscheid innerhalb der gesamten Bundesrepublik Deutschland anheimzustellen.

## 4. Piratenpartei

### 4.1. Standortbestimmung

#### 4.1.1. Perspektiven

Unter der aktuellen Programmierung und der politischen Gesamtsituation ist ein Wiedereinzug der Piratenpartei in den Saarlandtag auszuschließen.

#### 4.1.2. Klarmachen zum Ändern

Die Piratenpartei kann nicht für das Mitschwimmen im Strom stehen. Wir können müssen Denkansätze realisieren, von denen die "Etablierten" nicht mal zu träumen wagen.

#### 4.1.3. Chancen

Nach verschiedenen von der Saarbrücker Zeitung veröffentlichten Meinungsbildern kann sich eine Mehrheit der Saarländer eine Auflösung des Bundeslandes vorstellen. Dies ist ein riesiges Potential. Der Aufschrei der Etablierten wird gigantisch sein, ebenso die Aufmerksamkeit die wir erzielen. Damit werden auch unsere dann wohl abgewogenen und sachlich untermauerten Argumente überhaupt erst zur Kenntnis genommen. Dies ist unsere einzige Chance auf Wiedereinzug ins Parlament.